

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 20

Charlottenburg, Freitag, den 14. Mai 1909

Jahrg. 36

Sperren

Bollsperrren in Deutschland: Golditz (Steingutfabrik A.-G.). Hamburg (Max Wetterhahn, Gimsbütteler Chauffee) für Schildermaler. Lauf. Mannheim. Stogheim.

Salbsperrren in Deutschland: Alexandrintal (Rednagel). Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Seene, Eckert & Menz). Königszell. Langewiesen (Schlegelmilch). Neuhalbensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlterbach. Selb (L. Gutschentreuther inkultive Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Linz a. Donau. (Josef Engler Nachfl. und Robert Lenz Nachfl.). Meierhöfen (Ob. Benedikt) für Kapseldreher.

Der Kampf um neue Steuern.

— Zu keiner Zeit seit dem Bestehen des neudeutschen Reiches dürfte es wohl gleich schlecht mit der inneren Politik Deutschlands bestellt gewesen sein, wie gegenwärtig. Nicht nur in bezug auf die kräftige, energische Wahrnehmung der Interessen der breiteren Schichten des Volkes durch die Mehrheit des Reichstags ist das fest zu stellen, sondern auch auf seiten der Regierung läßt sich derselbe Zustand der Unsicherheit, Unentschlossenheit und Unbestimmtheit bemerken. Eine Zeit rücksichtsloser, offener Reaktion ist für das Volk sicherlich nichts Angenehmes. Aber der jetzige Zustand, das Hin und Her, das Hin- und Herüber, macht noch viel unwilliger, kampfunlustiger und wirkt geradezu demoralisierend.

Im allgemeinen ist ja die gegenwärtige Lage, in der sich die innere Politik befindet, bekannt. Es dreht sich zur Zeit alles um die neuen Steuern. Dieselben werden von der Regierung in Höhe von 500 Millionen Mark pro Jahr gefordert. Anfänglich kam die Regierung mit der Gas- und Elektrizitätssteuer, einer Inkeratensteuer, mit neuen Erhöhungen der Tabak-, Bier- und Branntweinsteuer und mit einer Reichserbschaftsteuer. Ohne viel Schmerz zu hinterlassen, fiel die Gas- und Elektrizitätssteuer in der Jugendblüte ihres noch nicht einmal perfekt gewordenen Daseins. Die Kommission des Reichstags lehnte sie ohne weiteres ab. Die Regierung gab sich damit zufrieden. Ebenso wenig wird man sich um die neue Biersteuer streiten. Sie wird bewilligt. Schon mehr aber gingen die Meinungen über die Tabaksteuer auseinander. Noch ist auch bis jetzt nicht fest gestellt, ob die neue Steuer als Fabrikations- oder als Rohmaterialsteuer in Frage kommen wird. Ebenso macht die Branntweinsteuer der Regierung noch manche Sorge. Hierfür plante die Regierung zuerst ein Staatsmonopol, dann eine Verbrauchssteuer. Was nun werden wird, weiß kein Mensch. Am allerwenigsten weiß man das aber in bezug auf die Erbschaftsteuer. Diese Steuer war eigentlich die einzig gerechte, welche die Regierung dem Reichstag vorschlug. Durch die Erbschaftsteuer, die in Form der Besteuerung der Nachlässe gedacht war, wären auch die Besitzenden zu den neuen Lasten für das Reich in stärkerem Maße als bisher heran gezogen worden. Das gefiel der Mehrheit dieses Reichstages natürlich nicht. In erster Linie liefen die Konservativen dagegen Sturm. Diesen Leuten, die

als Junker und Großindustrielle dem Volke alljährlich ungezählte Millionen entziehen, bedeutete die geringe Besteuerung mühelos erlangter Erbschaften eine Einziehung des Privatvermögens, welche den direkten Weg in den sozialistischen Zukunftsstaat eröffnete. An die Seite der Konservativen traten die Zentrumsabgeordneten. Darob gerieten die Blockgenossen der Konservativen, die Freisinnigen und die Nationalliberalen, in helle Angst. Sie drängten die Regierung zu einer Erbanfallsteuer. Dadurch sollten die Junker ganz besonders geschont werden. Aber diese guten Leute sind, wenn es sich um ihre Geldinteressen handelt, unerbittlich. Sie lehnten auch diesen Vorschlag ab.

In der Steuerkommission des Reichstags tobten die Kämpfe tagelang. Ausschließlich um die 90 Millionen Mark Erbschafts- oder Nachlasssteuern. Um aus der unangenehmen Vermutung heraus zu kommen, daß die Erbschaftsteuer ihnen doch in dieser oder jener unannehmbaren Form aufgezwungen werden könnte, schlugen die Konservativen dafür die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer vor. Und zwar nicht nur für den unverdienten Wertzuwachs an Grund und Boden, Gebäuden und anderem unbeweglichen Kapital, sondern auch der Wertzuwachs der Wertpapiere usw. sollte besteuert werden. Diese Steuer sollte die Erbanfallsteuer ersetzen. Darüber hinaus gingen die Anträge der sozialdemokratischen Abgeordneten. Dieselben forderten anstelle der geplanten Steuerhöhung auf Tabak, Branntwein und Bier eine Vermögens-, Einkommen- und Wertzuwachssteuer für das Reich. Die Freisinnigen forderten neben der Erbschaftsteuer eine steigende Vermögenssteuer. Und die Antisemiten beantragten, neben der Erbschaftsteuer eine Wertzuwachssteuer auf den Grundbesitz zu legen. — Nur dieser letzte Antrag fand in der Kommission eine Mehrheit. Alle anderen Anträge wurden abgelehnt.

Was soll nun werden? So fragen die Parteien, so fragt schließlich auch die Regierung. Ihre ursprünglichen Steuerpläne sind arg zerzaust worden. Und eigentlich ist so gut wie gar nichts von ihnen übrig geblieben. Aber das Geld wird doch gebraucht und zwar schleunigst soll es herbei geschafft werden. Der Block, die Vereinigung zwischen Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, ist endlich in die Brüche gegangen. Das kostete den freisinnigen Männerseelen manche bittere Träne, aber die Junker blieben fest. Sie bleiben in den Fragen der eigenen Interessen immer fest. Auch gegen die Regierung. Und man kann der konservativen Politik und den zumelst fabelhaft unverschämten Forderungen der Junker noch so abgeneigt gegenüber stehen, die Konsequenz und Energie, mit welcher diese Leute, die doch nur gering an Zahl sind, ihre Wünsche bis zur Erfüllung verfolgen, berühren sympathisch. Die Junker und Konservativen wissen was sie wollen. Sie getrauen es sich auch zu sagen. Ihren Blockbrüdern und auch der Regierung. Die Nationalliberalen und Freisinnigen wissen zumelst nicht was sie wollen und wenn sie es wissen, haben sie Furcht vor einem offenen Bekenntnis. Jeder Gedanke an einen frischen, fröhlichen Kampf ist diesen Elementen fremd.

Darunter litt in den letzten Jahren unsere ganze innere Politik, dadurch wird der Kampf um die Erbschaftsteuer un-
gemein erschwert. Wo die Nationalliberalen und Freisinnigen endigen werden, bei der Erbschafts- oder bei der Wertzuwachssteuer weiß heut noch kein Mensch, am wenigsten wissen es die Nationalliberalen und die Freisinnigen selbst. Jedenfalls werden beide auf keinen Fall der Regierung Opposition zu machen wagen, weder mit den Konservativen noch mit den Sozialdemokraten. Der Kampf selbst wird in erster Linie zwischen

der Regierung, den Konservativen und den Vertretern der Arbeiterschaft geführt werden. Ueberraschungen wird dabei das Ringen zwischen der Regierung und den Konservativen bringen. Die Juntergesellschaft gibt dort, wo es sich um ihre Privatinteressen handelt, nicht nach. Der Block ging darüber schon in die Brüche. Die Voraussetzungen der ganzen Bülow'schen Politik wurden dadurch hinfällig. Wo nimmt sich die Regierung nun eine passende Mehrheit für ihre Vorlagen her? Sie besteht jetzt noch auf der Erbschaftsteuer in der Form, wie die Junker sie nicht haben wollen. Ob es aber dabei bleibt, ist abzuwarten. Die Konservativen kennen ihre Macht. Schon mehr als ein Minister fiel über die Fäden, welche die Juntergesellschaft durch ihre Bettern an unverantwortlichen Stellen ziehen ließ. Und Bülow hat auch noch das Zentrum gegen sich. Junker und Pfaffen werden in Preußen-Deutschland für jeden Minister zum Verhängnis, wenn sie nicht mitmachen wollen.

Schon spricht man wieder von einer Reichstagsauflösung! Eine Auflösung gegen die Junker! Der Gedanke allein ist so sonderbar, daß man gar nicht daran glauben kann. Die preußische Regierung gegen die Junker? Wie will denn die Regierung ihre Wahlen machen, wenn es gegen die Junker geht? Ihr ganzer Wahlapparat ist aufgebaut auf der Mitwirkung der Landräte und der Arbeit der anderen Beamten, die mehr oder minder unter dem Einflusse der Konservativen stehen. In dem Augenblick, wo es gegen die Junker geht, versagt die Wahlmaschine der Regierung vollkommen. Das weiß Bülow und das wissen die anderen Leute da oben noch viel besser als wie manch anderer. Darum denken sie auch nicht im entferntesten an eine Auflösung des Reichstags aus dem Grunde, um gegen die Konservativen offen aufzutreten.

Vielmehr wird das Schachern hinter den Kulissen los gehen oder sich verstärkt fort setzen. Aber das ist kein Kampf, sondern ein widerliches Ränkepiel, um kleinliche persönliche Interessen, für deren unbeschädigten Weiterbestand das Volk die Kosten zahlen muß. Das aber zu verhindern wird die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die nicht nur konsequent und unbeirrt von Anfang an den Kampf gegen die meisten Steuerprojekte der Regierung führte, sondern die auch keine persönlichen Interessen zu vertreten hat.

Der Gewerbearzt.

Der Zweck der Arbeiterschutzesgesetzgebung ist zunächst die Bewahrung der Gesundheit des Arbeiters vor schädlichen Einflüssen, vor Verletzungen, vor Ueberanstrengung und sodann soll sie ihm auch ein soziales und kulturelles Emporstreigen ermöglichen, wozu namentlich die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, das Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit beziehungsweise ihre Einschränkung bis auf das absolut unentbehrliche Maß dienen sollen.

Zur Ueberwachung der gesetzlichen Arbeiterschutzesvorschriften ist die Fabrik- oder Gewerbeinspektion berufen. Die Beamten derselben sind meistens Techniker, Ingenieure, Chemiker, in neuerer Zeit sind auch Frauen und Arbeiter als Assistenten und Gehilfen zugezogen worden. Leider hat man es bis in die jüngste Zeit herein unterlassen, auch Ärzte als ständige Beamte der Fabrikinspektion beizugeben, so daß diese immer in sehr bedauerlicher Einsamkeit zusammen gesetzt war. Wir haben selbstverständlich nichts gegen den Techniker in der Fabrikinspektion, im Gegenteil, ist er doch auf diesem Gebiete unentbehrlich; aber neben ihm sollte auch der Hygieniker, der Arzt, mitwirken. Die von der Arbeiterschaft öfters erhobene Klage über die Mangelhaftigkeit der Fabrikinspektion durch die Aufsichtsbeamten dürfte in der Hauptsache in dem Mangel eines revolvierenden Arztes ihre Ursache haben. Dr. Epstein (München) sagt hierüber in seinem lesenswerten Schriftchen über den Arbeiterschutz mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene, daß den Inspektoren über den rein technischen Revisionen keine Zeit mehr übrig bleibt für die gewerbehygienischen Fragen, außerdem aber auch die genügende hygienische Vorbildung fehlt und so das stärkere Interesse an jenen mangelt. Von den Unternehmern oder deren Vertretern geführt, nehmen sie die Besichtigung der Fabrikräume vor und sehen daher nicht immer das, was zu sehen not tut, wenn hygienische Mißstände aufgedeckt werden sollen, zumal dann, wenn die Beamten, wie so häufig, vorher angemeldet sind. . . Zur Erforschung des Zusammenhanges von gewerblicher Arbeit und Erkrankung genügt auch nicht eine flüchtige Besichtigung, sondern das erfordert ein häufiges und eingehendes Studium ein und desselben Betriebes, eine genaue Befragung respektive Untersuchung einzelner Arbeiter, was natürlich nur Aufgabe eines hygienisch und technisch vorgebildeten Arztes sein kann, des Gewerbearztes. Der Gewerbearzt müßte

dabei durchaus selbständig sein und nicht nur, wie dies vorgeschlagen worden ist, ein Assistent des Fabrikinspektors. Er müßte unangemeldet, so oft er es für nötig befindet, die Betriebe besuchen und alle ihm notwendig scheinenden Untersuchungen vornehmen dürfen. Durch derartige Spezialuntersuchungen würde die Erkenntnis vieler Gewerbetrankheiten ungemein gefördert und ein wirksamerer Gesundheitsschutz des Arbeiters ermöglicht werden.

Gelegentlich, bei besonders wichtigen Vorkommnissen, sind allerdings schon seit jeher auch Ärzte von der Gewerbeinspektion zugezogen worden. Dieser Umstand spricht jedoch nicht gegen die Anstellung ständiger Ärzte als selbständige Beamte der Fabrikinspektion, sondern im Gegenteil gerade dafür. Einmal beweist er, daß der Arzt nicht absolut unentbehrlich ist und sodann kann man aus der bloßen gelegentlichen Zuziehung des Arztes den Schluß ziehen, daß er immer beschäftigt werden und sich im Dienste der Gesundheitspflege der Arbeiter nützlich machen kann. Wie die öffentliche Gesundheitspflege soll auch die Gewerbehygiene ihre vornehmste Aufgabe in der planmäßigen und zielbewußten Verhütung von Krankheiten aller Art, die durch unbefriedigende Verhältnisse in Fabriken und Werkstätten erzeugt und gefördert werden, erblicken.

Arbeit in dieser Beziehung würde es für einen ärztlichen Fabrikinspektor immer und überall, selbst in den neuesten und schönsten Fabrikgebäuden, geben. Reinigung, Instandhaltung, Beleuchtung, Heizung, Ventilation usw. lassen häufig in allen möglichen Beziehungen zu wünschen übrig und dazu kommt noch in zahlreichen Betrieben die Verwendung von giftigen Stoffen oder die Entstehung giftiger Ausdünstungen mit gesundheits-schädlichen Wirkungen usw. Der Bundesrat hat im Laufe der Jahre eine ganze Anzahl sanitärer Verordnungen zum Schutze der Arbeiter in bestimmten Gewerbe- und Industriezweigen erlassen, so zum Schutze der Bäcker, der Steinhauer, der Zigarren- und Tabakarbeiter, der Buchdrucker, der Zinkhüttenarbeiter, der Arbeiter in den Schleifereien und in den Bleihütten, in den Bleifarben- und Bleizuckerfabriken, der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Walz- und Hammerwerken, in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb usw. Dazu kommt das Gesetz über die Zündholzfabriken beziehungsweise das Verbot der Verwendung von Phosphor, dessen Durchführung die ganz besondere Aufsicht eines ärztlichen Fabrikinspektors erheischt.

In Baden ist im Jahre 1906 zu den vorhandenen neun Beamten der Fabrikinspektion noch ein zehnter in der Person eines Arztes, Dr. med. Holzmann, hinzu gekommen, unseres Wissens der erste ärztliche Fabrikinspektor in Deutschland, so daß das badische Ländle auch hierin wie seinerzeit mit der Anstellung einer Beamtin bahnbrechend voran gegangen ist. Im Jahresberichte für 1905 war der ärztliche Fabrikinspektor angekündigt und über seine Stellung gesagt worden: „Zu den heute schon bestehenden Spezialreferaten wird noch ein solches für besondere hygienische Fragen treten und von dem ärztlich vorgebildeten Fabrikinspektor übernommen werden. Dies wird geschehen, ohne daß die örtliche Zuständigkeit anderer Beamten eine Einschränkung erfährt. Die Hygiene in Fabrik und Werkstatt spielt in der gesamten Revisionsstätigkeit eine große Rolle. Verhütung und Entfernung von Schädlichkeiten wird immer der Arbeit des örtlich zuständigen Beamten vorbehalten bleiben. Wo es sich jedoch um Gefahren handelt, deren Natur erst durch Beobachtung der ihnen ausgesetzten Personen festgestellt werden kann, da wird der Arzt einzutreten haben. Die Einstellung eines ärztlich vorgebildeten Beamten wird es der Fabrikinspektion ermöglichen, künftighin in solchen Fällen fruchtbare Erkenntnisse durch Zusammenwirken im eigenen Kreise zu gewinnen, ohne dabei einer Beihilfe von anderer Seite zu bedürfen.“ Der neue ärztliche Fabrikinspektor übernahm einen der vier Aufsichtsbezirke und zugleich das Referat für solche hygienische Fragen, bei denen die Mitwirkung eines Arztes notwendig erscheint.

Auch die württembergische Gewerbeinspektion zählt in der Person des Obermedizinalrates Dr. Scheurlen einen ärztlichen Beamten in ihrer Mitte. Im Jahre 1907 führte er in Gemeinschaft mit den übrigen Fabrikinspektoren 46 Revisionen in 42 Fabriken und 4 Motormerkstätten aus. Im stuttgarter Bezirk fanden 6 derartige Revisionen in Fabriken statt, wo eine Gesundheitsgefährdung für die Arbeiter zu befürchten war, die nicht direkt erkennbar gewesen. In den wenigen Fällen, wo eine Schädigung nachgewiesen werden konnte, wurden die notwendigen Anordnungen getroffen und Abhilfe herbei geführt. Im zweiten Aufsichtsbezirke wurde bei den gemeinschaftlichen Revisionen wie schon früher wiederholt die Erfahrung gemacht, daß Betriebsunternehmer ihren Widerstand gegen Anregungen oder Anordnungen gesundheitlicher Verbesserungen von Arbeitsräumen und anderem mehr, welche früher schon der Gewerbe-

inspektor allein gegeben hatte, aufgaben, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß das ärztliche Mitglied hinsichtlich der Notwendigkeit solcher Verbesserungen gleicher Ansicht wie der Gewerbeinspektor war. Auch im dritten Bezirk wurden hauptsächlich solche Betriebe gemeinschaftlich besucht, in denen die Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter besondere Maßnahmen erforderte, zu denen die Unternehmer sich nicht ohne höheres fachmännisches Urteil verstehen wollten. Sittliche Fragen haben sich dabei rasch und anstandslos erledigen lassen. Unter diesen revidierten Betrieben befand sich auch eine Maschinenfabrik. Im vierten Bezirk wurde die Beiziehung des ärztlichen Mitgliedes zu den Revisionen mehrfach notwendig und erwies sie sich durchweg als geeignet, vorhandenen Widerstand gegen hygienische Forderungen, deren Durchführung größere Kosten verursachte, leichter zu brechen. „Die ärztliche Belehrung der Arbeitgeber über die Hygiene der Arbeitsräume und Arbeitsvorgänge, sowie über die Wertung der im Einzelfall diese günstig oder ungünstig beeinflussenden Faktoren, bildet eine wertvolle Ergänzung der Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten.“

Die ärztliche Mitwirkung bei der Fabrikinspektion hat sich also bestens bewährt und hoffentlich findet das gute Beispiel der beiden süddeutschen Staaten bald in allen anderen deutschen Staaten erfolgreiche Nachahmung.

Der Kampf um die Schule.

Auch in bürgerlichen Kreisen ist man nicht allgemein einverstanden mit dem Bestreben, die Schule zu vermodern. Nicht nur die freier denkenden Lehrer, sondern auch vernünftige Eltern haben längst einsehen gelernt, daß die Schule den Kindern bei weitem nicht die Bildungsstätte ist, die sie sein soll und bei einigem guten Willen sein könnte. Naturgemäß haben die bürgerlichen Kreise ein schärferes Auge für die Mißstände an den mittleren und höheren Schulen, denen sie ihre eigenen Kinder anvertrauen müssen; nicht gleich lebhaft empfinden sie die noch viel größeren Schäden am Volksschulwesen, denen der Arbeiter seine Kinder ausliefern muß. Immerhin ist von Wert, was auf der ersten Konferenz der Gesellschaft für deutsche Erziehung, die in Berlin im April tagte, über die Mißstände im deutschen Schulwesen gesagt worden ist.

Der Vorsitzende des Vereins, Dr. Schulz, hob in seiner Ansprache mit Recht hervor, daß die deutschen Schulen noch viel zu deutliche Spuren ihrer Entwicklung aus den mittelalterlichen Klosterschulen an sich tragen. Ganz dem mittelalterlichen Geiste entsprechend seien das Straßensystem in unseren Schulen, die einseitige Bevorzugung der alten Sprachen (lateinisch, griechisch und hebräisch), die Gedächtnisbelastung und der Religionsunterricht, der allein an tausend Unterrichtsstunden verschlinge. Fast die gesamte Lehrerschaft, namentlich ihr intelligenter Teil, wehre sich gegen die Herrschaft der Kirche über die Schule; trotzdem bleibe diese der Geißlichkeit ausgeliefert. Durch geistigen Drill, totes Wissen und Unterbindung der freien Entfaltung der Persönlichkeit werde die Jugend der Kultur des Lebens und der Gegenwart entfremdet, so daß man sich nicht zu wundern brauche über die tiefe Kluft, die zwischen dem Volke und den „oberen“ Klassen, die ihre Bildung auf humanistischen Gymnasien empfangen haben, entstanden ist. Aus der verkehrten Bildung an den höheren Schulen erkläre sich auch die Verständnislosigkeit ganzer Klassen für das Bestreben des Volkes.

Noch eingehender verbreitete sich über die Schäden der heutigen Schule der bekannte Chemiker an der Leipziger Universität, Professor Ostwald. Er führte die Ergebnislosigkeit aller Versuche, in das Schulwesen einen gesunden Zug zu bringen, darauf zurück, daß immer nur Fachleute, Direktoren und Oberlehrer, um ihre Meinung befragt würden. Diese seien doch meist so tief in das Vorurteil über die vermeintliche „Vorzüglichkeit“ des jetzigen Schulsystems verstrickt, daß von ihnen kein entscheidender Schritt zu erwarten ist. Der Grundsatz unseres heutigen Bildungswesens ist Unfreiheit; die Schule ist ein Gefängnis. Wo im Geiste eines Pestalozzi, eines Fröbel unterrichtet wird, da spricht freies und fröhliches Leben auf, da werden Menschen gebildet. Die meisten Schulen dagegen aber stehen unter dem Einfluß verknöchelter Bedanten, für welche die neueren Forschungsergebnisse der lebendigen Wissenschaften nicht bestehen und unter deren Herrschaft das Leben in der Schule grau in grau sich gestaltet. Unsere Kinder sollen nicht müde aus der Schule kommen. Die Schule soll vielmehr die Kultur unserer Zeit auf unsere Kinder übertragen. Nun aber hat jede Zeit ihre eigene Kultur; fremde, längst verschwundene Kulturen lassen sich nicht auf unsere Zeit übertragen. Es kann nur zur Weiterbildung der Begriffe beitragen, wenn man unsere Jugend durchaus in die Ideenwelt der alten Griechen und Römer zwingen

will, während doch unsere Zeit ganz andere Aufgaben zu erfüllen hat. Wir alle sollen uns in den Dienst der Arbeit stellen, während die Gymnasien zur Mißachtung der schaffenden Arbeit erziehen.

Auch die Elementarschule ist verknöchert. Der Religionsunterricht ist ein Fremdkörper, der nicht in die Schule gehört. In Amerika ist die Religion gänzlich von der Schule getrennt; auch wir müssen die Religion aus den Schulen entfernen; mit dem Religionsunterricht wird der Jugend ein Teil ihres Lebens förmlich gestohlen, wie auch mit dem Erlernen der alten Sprachen viel zu viel Zeit vertröbelt wird. Ein junger Kaufmann, ein Kellner lernt in einem Jahr Englisch und Französisch; unsere Realschüler und Gymnasialisten lernen in acht Schuljahren trotz vieler Unterrichtsstunden von diesen lebenden Sprachen so gut wie nichts. Wer von uns liest Ibsen oder Tolstoi in der norwegischen oder russischen Sprache? Das fällt keinem ein. Wir lernen sie kennen aus guten Uebersetzungen. Ebenso könnten die griechischen und römischen Dichtungen unseren Schülern in guten deutschen Uebersetzungen geboten werden. Eine Dual und eine lebensgefährliche Operation am Geiste der Jugend sind die Abiturientenexamen; sie müssen abgeschafft werden. Sind wir stolz darauf, vor hundert Jahren die Fremdherrschaft abgeschüttelt zu haben, so müssen wir auch dafür sorgen, daß von unseren Schulen das Joch geistiger Fremdherrschaft genommen wird.

Nach Professor Ostwald ergriff Professor Gurlitt aus Steglitz das Wort. Auch er richtete scharfe Angriffe gegen die heutigen Gymnasien, die sich nicht die wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften unserer Zeit zunutze machen. Er nannte es eine Sünde an der Schuljugend, daß in den Gymnasien die Pietät für alte Kultur so gepflegt wird, da sich Kulturen doch nicht wiederholen und auch nicht abdiere lassen. Der Lehrgang sei unsinnig. Es beginne mit Fremdem und Fernliegendem und schließe mit Naheliegendem und Bekanntem, während es doch eine anerkannte pädagogische Forderung sei, vom Bekanntem zum Unbekannten fortzuschreiten. Das Einpäulen der griechischen und lateinischen Grammatik verdirbt der Jugend den letzten Rest des Genusses an der alten Literatur, die für uns völlig wertlos ist. Das Gymnasium läßt den Geist erstarren und erzeugt dadurch unproduktive Geister. Unsere großen Künstler Schwindt, Böcklin und andere seien nicht auf Gymnasien gewesen; der ganze altsprachliche Unterricht ist Humbug, eine Verschwendung von Zeit und Kraft.

Nachdem noch ein weiterer Redner im gleichen Sinne gesprochen hatte, fand eine Resolution Annahme, in welcher es heißt: „Die heutige Schule ist sowohl in ihren Zielen wie im Unterrichtsbetrieb zum großen Teil veraltet. Sie steht in grellem Widerspruch zur Wissenschaft und zum Leben; sie verschwendet Zeit an Dinge, die minder wichtig oder gar überflüssig sind und behält darum für die notwendigsten Dinge keine Zeit übrig. Zudem entspricht es der Würde des deutschen Volkes nicht, daß immer noch der mittelalterliche Zwang und Drill mit seinen finsternen und lieblosen Strafverfahren üblich ist. Die hohe Schule macht sich einer maßlosen Ueberschätzung des fremdsprachlichen Unterrichts schuldig. Wir müssen verlangen, daß die im Staate führenden Männer sich die genaueste Kenntnis vom Leben unseres Volkes, von seinen Lebensbedingungen, seinen Bedürfnissen, seinen Nöten erworben haben. Wir werden eine angemessene Erziehung besitzen, sobald das Volk sich selbst dieser Sache mit Kraft und Eifer annimmt.“

Die Teilnehmer an der Konferenz stehen streng auf „nationalem“ Boden; sie setzen ihre Hoffnung auf Umgestaltung der Schule in die Regierung und bitten im Schlußsatz ihrer Resolution den Kaiser, er möge eine neue Konferenz einberufen. Aber gerade, weil die Herren politisch durchaus unverdächtig sind, gewinnt die Tatsache erhöhten Wert, daß auch sie die heutige Schule für veraltet halten. Freilich irren sie gewaltig, wenn sie von der Regierung ein kräftiges Eingreifen erwarten. Darin steht der Arbeiter klarer als sie. Der Arbeiter weiß, daß die Schule von den heutigen Machthabern nicht als freie Bildungsanstalt betrachtet, sondern als Instrument zur Erödung des freien Denkens und des kraftvollen Willens gemißbraucht wird. Namentlich gilt das für die Volksschule. Der Arbeiter erwartet darum nicht viel von der Regierung, der jede Verbesserung des Schulwesens nach dieser Richtung hin abgetrozt werden muß. Eben darum stärkt der Arbeiter durch Zusammenschluß seine Macht und seinen Einfluß. Die Schule wird nicht eher frei und eine wirkliche Bildungsanstalt werden können, als bis die Klassenherrschaft durch das Proletariat überwunden sein wird.

Keramische Altertümer stehen bekanntlich hoch im Wert. So wurde vor kurzem in dem bekannten Kunstauktionshaus von R. Lepke in Berlin eine Sammlung alter Keramgegenstände aus **Eturien** versteigert. Die Sammlung von Vasen, Gefäßen und Figuren stammte aus dem Besitz eines Brüsseler und umfaßte zumeist Stücke aus dem 6. bis 7. Jahrhundert. Eine Gruppe Gefäße aus Apulien hatte besonderen Wert und war bei der Auktion auch lebhaft umstritten. So brachten: ein campanischer Glockentrater 300 Mk., ein apulischer Glockentrater 645 Mk. Dagegen wurden für einen großen apulischen Astos mit vier großen aufgesetzten Figuren und Masken 1920 Mk., für zwei Figuren von Klagefrauen eines apulischen Astos 1575 Mk. gezahlt. Im ganzen brachte die Sammlung 10970 Mk.

Ein neues Malverfahren soll nach der Zuschrift, die im „Gen. Anzeiger für die keramische Industrie“ enthalten ist, in England Platz gegriffen haben. In erster Linie handelt es sich dabei zwar um Dekore auf Glas, aber der Anwendung der neuen Technik auf Porzellan und Steingut stehe kein Hindernis im Wege. „Das Verfahren wird folgendermaßen geschildert: Beim einfachen Dekor werden die Gläser, Becher, Vasen, usw. auf eine am Werkisch angebrachte, drehbare Holzspule gesteckt und in langsame Umdrehung versetzt. Der Arbeiter nimmt sodann ein feinmaschiges Haarsieb, hält dasselbe in einer gewissen Entfernung vom Gegenstande ab und streicht einen beispielsweise in Goldchlorydlösung getauchten, feißborstigen Pinsel an den Maschen des Siebes ab, wobei das Goldchloryd in winzig kleinen Pünktchen am Glas-Gegenstande sich ansetzt. Wenn dasselbe einigermaßen getrocknet ist und hierauf im Muffelofen eingebrannt wurde, erzielt man auf den Gläsern eine leichte, flockige Goldverzierung, die bei vorheriger entsprechender Abdeckung verschiedene Musterungen annehmen kann. Dabei kommen vor allen Dingen auf den verschiedenen Luxus- und Gebrauchsgegenständen mannigfache Blumenmotive in Betracht, welche zu ihrer Herstellung noch folgende Manipulation erheischen: Will man z. B. auf einem Becher zierliche Motive von Farnkräutern usw. anbringen, dann stellt man sich entweder aus Natur- oder wenn solche nicht zu haben sind, aus Kunstpflanzen, trocken gepreßt, eine Schablone her, welche man vor der Verwendung an einzelnen Stellen mit Wachsklumpchen verstreicht, um auf diese Weise ein Befestigen am Glas zu ermöglichen. Gewöhnlich ist man auch bemüht, das Blumenmotiv mit einem Filetband abzuschließen, was in der Weise geschieht, daß man mit einer entsprechend geformten Spange ein angespanntes Zwirnband mit beliebig geweiteten Abständen anlegt und hierauf mit der Spritzmanier beginnt. Der findige Techniker hat sich aber alle diese Arbeiten herartig vereinfacht, daß er imstande ist, in verhältnismäßig kurzer Zeit hunderte Gefäßformen mit den schönsten Motiven und Zeichnungen zu versehen. Namentlich hat man sich auch die in der Stickerie und Spitzenwarenfabrikation vorkommenden Motive zunutze gemacht und auch damit durchwegs befriedigende Resultate erzielt.“ — Allem Anschein nach dürfte sich diese Technik noch bedeutend erweitern lassen.

Großbreitenbach. Uns wird geschrieben: „Als vor zwei Jahren die hiesigen Porzellanarbeiter ihre äußerst gedrückte Lage durch einmütigen Zusammenschluß einigermaßen verbesserten, indem sie die Unternehmer veranlaßten, die Preise etwas zu erhöhen, erklärten beide Parteien, die festgesetzten Preise einhalten zu wollen und der Vorsitzende der Unternehmer erklärte in einem Schreiben an die Arbeiter am Schlusse wörtlich: „Möge die Neuerung (die Preiserhöhung!) beiden Teilen zum Segen gereichen.“ Mit einigen Ausnahmen bemühten sich auch die Unternehmer die festgesetzten Preise einzuhalten, waren sich doch selbst die Unternehmer darin einig, daß die Porzellanindustrie am hiesigen Orte zugrunde gehen müsse, wenn nicht bessere Lohnverhältnisse geschaffen und dadurch die tüchtigeren Arbeiter hier gehalten würden. Die Preiserhöhung war ohnedies so gering, daß sie kaum das ausglich, was den Arbeitern durch die Verteuerung der Lebensmittel genommen wurde. Nur dort, wo die Arbeiter in falscher Verblendung der Organisation den Rücken kehrten und sich wehrlos machten, konnten ihnen die Vorteile der Preiserhöhung wieder entzogen werden. Im übrigen wachte die Organisation eifrig darüber, daß überall die Preise streng eingehalten wurden. Doch es finden sich leider auch unter den Arbeitern Schädlinge, die mithilfe, den eigenen Klassengenossen, die Vorteile des Zusammenschlusses wieder zu entreißen und welche damit die Interessen der Unternehmer vertreten. Die hiesigen organisierten Porzellanarbeiter haben mit einigen solcher Musterkollegen sich öfter zu beschäftigen. So hat der

Porzellanmaler **Karl Menger** sich bei der Firma von Hopfgarten angeboten, die dort fabrizierten Krüge statt wie vereinbart, zu 4,50—5,50 Mark für das Duzend, für 4 Mark, Flaschen für den Preis von 2 Mark statt vertraglich für 2,80 Mark herzustellen. Die Firma hat nicht den geringsten Druck auf diesen Arbeiter ausgeübt. Eine Versammlung der hiesigen Porzellanarbeiter hat Leute, die gegen die Interessen der Allgemeinheit sündigen, mit den Arbeitswilligen auf eine Stufe gestellt.“

Hohenberg a. d. Eger. Wiederum beabsichtigt eine größere Aktiengesellschaft in der Porzellanindustrie einige Betriebe zusammen zu legen. Die Firma **C. M. Gutschentreuther** Aktiengesellschaft in Hohenberg beabsichtigt das in **Altrohla** bei **Karlsbad** gelegene Unternehmen von **Moriz Zekauer** zu erwerben. Zu diesem Zweck wird eine Generalversammlung der Aktionäre zum 25. Mai nach **Nürnberg** einberufen. Das Grundkapital soll um 1 100 000 Mk. erhöht werden. — Diese Zusammenlegung beider Unternehmungen zur gemeinsamen Ausnutzung durch eine Gesellschaft ist ein weiterer Schritt der auch in unserer Industrie immer schneller vorwärts schreitenden Anhäufung des Kapitals in die Hände weniger Gesellschaften. In dem Betrieb in Hohenberg sind gegen 400 Arbeiter beschäftigt, während in den beiden Fabriken von Zekauer — der alte Betrieb wurde 1810 errichtet, der neue besteht seit dem Jahre 1866 — rund 800 Leute tätig sind. In beiden Unternehmungen wurden bisher Gebrauchs- und Luxusgegenstände hergestellt. —

Ilmenau. Auch die Aktiengesellschaft **Ilmenauer Porzellanfabrik** hatte in dem legt vergangenen Jahre in besonders fühlbarer Weise unter dem schlechten Geschäftsgang zu leiden. Schon die vielfach vorgenommenen Entlassungen von Kolleginnen und Kollegen bewiesen den starken Einfluß der Krise auf diesen Betrieb. Die jetzt vorliegende Abrechnung für 1908 läßt den Rückgang des Geschäftes auch in Zahlen erkennen. Während das Jahr 1907 mit einem Reingewinn von 83 017 Mk. abschloß, der zur Verteilung einer Dividende von 9 Prozent Veranlassung gab, blieben vom letzten Jahr 518 Mk. übrig. Der Einfachheit halber übertrug man den Betrag auf neue Rechnung.

Oesterreich. Aus **Budapest** wird dem „Porzellanarbeiter“ berichtet: „Bei der **Drasche'schen** Ziegelei im 10. Bezirk, **Steinbruch**, wurde eine neue Steingut- und Porzellanfabrik errichtet, in welcher seit einigen Monaten gearbeitet wird. Von geregelten Verhältnissen in diesem Betriebe kann nicht gesprochen werden, da meistens unorganisierte Arbeiter dort beschäftigt sind, welche unter allen Bedingungen zum Arbeiten bereit sind. Bei der Aufnahme wird jedem Arbeiter gute Bezahlung, sowie freie Wohnung und Heizung versprochen. Trotzdem aber die Leute von 5 oder 6 Uhr früh bis 8 oder 9 Uhr abends arbeiten, kommen sie doch nicht höher als 22 bis auf 24 Kronen in der Woche. So wie der Verdienst aussieht, so ist es auch mit den freien Wohnungen. Für je zwei Familien ist immer eine Küche da; einem ledigen Arbeiter hat man ein zusammen gebrochenes Bett und einen Strohsack dazu gegeben, das war ein freies Quartier. Von Organisation darf nicht gesprochen werden, da sind die schwarzen Brüder, welche dort arbeiten, sofort bereit, alles zu denunzieren. Nachdem schon einige organisierte Kollegen dort arbeiteten und durch die oben angeführten Dinge in ihren Erwartungen stark enttäuscht wurden, so warnen wir alle unsere Kollegen vor Annahme von Arbeit in diesem Betriebe. Jeder Kollege, welcher dort Arbeit nehmen will, möge sich daher zuerst bei der **Zahlfstellenverwaltung** erkundigen.“

Die Wohlfahrtsplage der Unternehmer gegen die Arbeiter spielte in den Verhandlungen des Reichstags am 29. April und 4. Mai eine große Rolle. Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgende Interpellation eingebracht: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß sich durch die von Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe errichteten Pensions-, Witwen und Waisenkassen schwere Mißstände und Schädigungen für die aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter ergeben haben? Ist der Herr Reichskanzler bereit, durch eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Rassenrichtungen den zutage getretenen Mißständen zu begegnen, insbesondere die Ansprüche der aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter zu wahren durch die Berechtigung der Arbeiter auf eine freiwillige Welterversicherung oder die Verpflichtung der Rassen auf Rückzahlung der Beiträge?“ — An der Diskussion beteiligten sich von selten der Sozialdemokraten

die Abgeordneten **Hengsbach** und **Hue**, während **Severing** die Anfrage begründete. Die ganze brutale Vergewaltigung, Entrechtung und Ausbeutung, welche dem Unternehmertum durch Wohlfahrtsklassen aller Art gegen die Arbeiter durch die Wohlfahrts-Einrichtungen noch in weit größerem Umfange als sonst möglich sind, kamen bei dieser Gelegenheit durch die Arbeiter-Vertreter zur Sprache. Die Regierung blieb eine klare Antwort schuldig. **Bethmann-Hollweg** rebete viel um die Sache herum. Die zu kraß in die Erscheinung getretenen Mißstände dieser Einrichtungen konnten nicht gut geleugnet werden. Aber gegen das Unternehmertum magt ein preußischer Minister ebensowenig Stellung zu nehmen. Also wird für die nächste Zeit nichts zum Besseren in dieser Sache geschehen. Wenn nicht die Arbeiter selbst gegen diesen Wohlfahrts-Humbung noch schärfer wie bisher Stellung nehmen. — Auch die bürgerlichen Parteien waren nur mit halber Seele bei der Sache oder sie traten offen für die Unternehmer ein. Alles Interesse gehört jetzt der Reichsfinanzreform. Da können sich die Herren um die Interessen der Arbeiter noch weniger als sonst kümmern.

Der Arbeitsmarkt im Monat März. Wie im Vormonat, so zeigte auch im März der Arbeitsmarkt kein einheitliches Bild. Die Störungen — so heißt es in dem Berichte des „Reichs-Arbeitsblattes“ — die der ungewöhnlich lange Winter für eine Reihe von Gewerben und für den Schiffsverkehr im Gefolge hatten, wichen erst gegen das Ende des Berichtsmonats. Dafür trat eine Reihe von weiteren Umständen in die Erscheinung, welche eine Ausnutzung der durch die wärmere Witterung geschaffenen günstigeren Verhältnisse hinten an hielten. So war die Lage auf dem Ruhrkohlenmarkt eine unverändert schlechte, wesentlich mit aus dem Grunde, weil die für den 1. April vom rheinisch-westfälischen Kohlsyndikat angekündigte Preisherabsetzung die Ankäufe vor diesem Termine zurück hielt. Ueberwiegend ungünstig war die Geschäftslage andauernd in der Metall- und Maschinenindustrie. Nur in denjenigen Zweigen, die zum Baugewerbe in Beziehungen stehen, war eine Belebung bemerkbar. Das Baugewerbe selbst konnte in der zweiten Hälfte des Monats eine etwas regere Tätigkeit entfalten, wenn auch ein entscheidender Aufschwung noch nicht eingetreten ist. Günstig war die Lage in einzelnen Zweigen der Bekleidungsindustrie, trotzdem der Höhepunkt der Beschäftigung bereits überschritten war. Das Bild, welches die Berichte der Industrie über die Lage des Arbeitsmarkts im März gaben, wird im großen und ganzen bestätigt durch die Ergebnisse der Krankenkassenberichterstattung. Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Klassen ergab sich am 1. April 1909 gegen den 1. März 1909 eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um 120 185 Personen (+ 111 184 männliche, + 9051 weibliche). Diese Zunahme überwog insbesondere bei den männlichen Mitgliedern die am gleichen Zeitpunkte des Vorjahres verzeichnete erhebliche Die Arbeitslosenziffer der berichtenden Fachverbände belief sich Ende Januar 1909 auf 4,2 pSt. Ende Februar auf 4,1 pSt. und Ende März auf 3,5 pSt. Die Arbeitslosenziffer hat sich demnach im Laufe der 3 Monate etwas verringert, sie war jedoch immer höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Mai-Aussperrungen sind nach den zur Zeit vorliegenden Nachrichten in erster Linie in **Berlin** vorgenommen worden. So wird berichtet, daß von den Holzarbeitern in 283 Betrieben mit 5147 Beschäftigten 3729 Arbeiter ausgesperrt sind. In **Weißensee** haben 5 Betriebe 82, in **Rixdorf** 10 Betriebe 125, in **Schöneberg** 14 Betriebe 68, in **Charlottenburg** hat 1 Betrieb 24 Arbeiter ausgesperrt. In **Buckenwalde** feierten zirka 400 Holzarbeiter, davon wurden 240 ausgesperrt. Die **Metallarbeiter** zählen 364 Aussperrte. Im Baugewerbe in **Groß-Berlin** sind ausgesperrt: Maurer 149, Zementlerer 50, Puzer 28, Bauhilfsarbeiter 60, Zimmerer 150. — Einige Tausend Holzarbeiter sind auch in **Murnberg** ausgesperrt. 172 Mann in 43 Werkstätten, die gefeiert hatten, konnten am Montag die Arbeit wieder beginnen. Da die Holzarbeiter sich zurzeit in einer Lohnbewegung befinden, fand am Sonntag eine Versammlung statt, um den Bericht über den Stand der Bewegung entgegen zu nehmen. In der Diskussion wurde auch die Aussperrungsfrage wiederholt berührt. Die Unternehmer haben die Verhandlungen hingezogen, um erst die Maifeier vorüber gehen zu lassen, weil sie anscheinend glauben, daß die Aussperrung dämpfend wirken werde. Das Gegenteil davon ist aber eingetreten. Die Versammlung erklärte, an den Forderungen — Lohnerhöhung von 5 Pfennig pro Stunde, Verkürzung der Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden wöchentlich und Freigabe des 1. Mai — fest zu halten. — Ferner wird aus **Mannheim** gemeldet: „Die Arbeitgeber des Holzverbandes haben auf die Maifeier mit einer Aussperrung geantwortet, welche sich auf 50 Werkstätten mit rund 800 Arbeitern erstreckt. Unter den

aussperrenden Firmen sind alle größeren Geschäfte der Holzbearbeitungsbranche vertreten. Von Seiten des Holzarbeiterverbandes ist das Einigungsamt angerufen worden. — Sehr wirkungsvoll war auch die Maifeier in **Wien** und in den größeren österreichischen Industrieorten gewesen.

Von den „Gelben“. Die noch kurze, aber an Gaunerstückchen um so reichere Geschichte der gelben Gewerkschaftsbewegung ist um einen komisch-insamen Streich bereichert, bei dem die gelben Brüder als betrogene Betrüger sich erwiesen haben. Und zwar geschah's bei dem jetzt beendeten Formerstreik in **Buckau-Magdeburg**. Dort standen die Former wegen einer Kürzung der Akkordsätze im Ausstand. Der Versuch, Streikarbeit in der Zweigabteilung **Sudenburg** herstellen zu lassen, scheiterte an der Arbeitsverweigerung der dortigen Former. Auch die Mitglieder des gelben Werkvereins legten die Arbeit nieder, mit Ausnahme von zwei sehr alten Arbeitern, denen die Kollegen selbst empfahlen, weiter zu arbeiten, weil man vermeiden wollte, daß diese alten Leute für ihren Lebensabend auf die Straße geworfen würden. Nun geschah aber das Unglaubliche: Der Arbeitsnachweis in der Invalidenstrasse in **Berlin**, das ist die Zentrale der Gelben, schickte Former als Streikbrecher nach **Magdeburg**! Zu dem Verrat an den Klassengenossen fügte die gelbe Zentrale also noch den Verrat an den eignen Gefinnungsgenossen! Verrat an den eignen Klassengenossen ist ja eine Tugend, in der sich diese Herren gut auskennen; man sollte aber meinen, daß sie doch wenigstens unter sich die Spitzbubenchre wahrten und nicht ihren eignen Junstgenossen in den Rücken fielen. Eine saubere Kumpanei!

Italien. Nach den offiziellen Veröffentlichungen des italienischen Arbeitsamtes wurden im Januar des Jahres 1909 63 Streiks erklärt. Bei 58 von ihnen war die Zahl der Stehenden bekannt; sie belief sich auf 6108. Die höchste Streikfrequenz zeigte die Metallindustrie mit 9 Streiks und 1012 Streikenden. Je 8 Streiks betrafen das Baugewerbe und die Textilindustrie, 7 die Bearbeitung der Steine und Erden, je 6 die graphischen Gewerbe und das Transportwesen. In der chemischen Industrie wurden 5 Streiks proklamiert, 4 in der Nahrungsmittelindustrie und in der Verarbeitung der Felle, 3 in der Montanindustrie und schließlich ein Streik in der Holzindustrie und einer im Handel. Was den Ausgang betrifft, so verliefen 7 Streiks vollständig zugunsten der Arbeiter, 19 teilweise zu ihren Gunsten, 29 führten zu einer Niederlage der Arbeiter, bei zweien war der Ausgang unbekannt und 6 dauerten am Ende des Monats noch fort. Die Statistik des Streikanlasses unterscheidet leider in letzter Zeit nicht mehr zwischen Abwehr- und Angriffsstreiks. Um Lohnfragen drehte es sich bei 40 Streiks mit 2484 Streikenden, um Arbeitszeit bei 3 Streiks um 313 Beteiligten, um Disziplinarfragen bei 10 mit 941 Arbeitern, um Behauptung von Arbeitervorrechten, wie die ziemlich unglücklich gewählte Rubrik der Statistik sagt, bei 10 Streiks mit 2370 Ausständigen. Die stärkste Verhältniszahl an ungünstigen Ausgängen liefern die Streiks um Disziplinarfragen, von denen nicht weniger als $\frac{4}{5}$ mit einer völligen Niederlage der Arbeiter endeten. Uebrigens ist der Januar immer ein Monat mit geringer Streikfrequenz und für die Arbeiter ungünstigen Streikausgängen.

Gewerkschaften und Konsumvereine. Die vorjährige Konferenz der bayrischen Gewerkschaftskartelle hat sich u. a. auch mit dem Verhältnis zwischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung beschäftigt und in einem Beschluß ausgesprochen, daß die Kartelle in den Verwaltungen der Konsumvereine Einfluß zu suchen und darüber zu machen hätten, daß die Aufsichtsräte von wirklich genossenschaftlichem und gewerkschaftlichem Geiste erfüllt seien. Die Konsumvereine seien zu bestimmen, daß sie beim Warenbezug nur auf solche Firmen Rücksicht nehmen, die angemessene oder tarifliche Löhne bezahlen, der Bezug aus Strafanstalten sei auszuschließen, die Heimarbeit nach Möglichkeit zu bekämpfen. Die Verhandlungen gaben Anlaß, daß sich jetzt auch eine Konferenz der bayrischen Konsumvereine mit der Frage beschäftigte und einstimmig den Beschluß faßte, sowohl an den Süddeutschen Verbandstag in **Würzburg** als auch an den Allgemeinen Genossenschaftstag in **Mainz** den Antrag zu stellen, es seien die dem Zentralverband angehörigen Konsumvereine zu verpflichten, beim Einkauf von Waren darauf zu achten, daß diese weder in der Hausindustrie noch in Strafanstalten angefertigt sind und daß die Waren unter den von den Gewerkschaften festgesetzten tariflichen Bedingungen hergestellt werden. Es seien alle Bestrebungen zu unterstützen, die geeignet sind, die trassen Zustände in der Heimindustrie zu beseitigen, doch wird es auch für unerlässlich gehalten, daß die Gewerkschaften in der nachdrücklichsten Weise für die Konsumvereine wirken und für den Beitritt zu ihnen sowie für deren Ausbau Propaganda machen.

Zur Reichsversicherungsordnung nahmen auch die deutschen Versicherungsanstalten in einer vertraulichen Konferenz in Kassel Stellung. Es nahmen daran die Vorsitzenden der Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherungsanstalten teil und erstreckten sich die Verhandlungen ausschließlich auf den in der Reichsversicherungsordnung vorgeschlagenen Unterbau der Versicherungsämter. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern sowie das Reichsversicherungsamt waren durch Stellvertreter vertreten. Das Ergebnis der Verhandlungen wird geheim gehalten.

Kongreß der Bureauangestellten. Die Angestellten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften berufen zum 20. Mai nach Berlin einen Kongreß ein, um vom Standpunkte der Bureauangestellten der Kranken- und Berufsgenossenschaften zur Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen. Die Vertreter der Regierung sowie die Praktikanten des Reichstages sind dazu eingeladen. In dem vom Verbands der Bureauangestellten erlassenen Aufruf zur Besichtigung des Kongresses heißt es, daß die in der Reichsversicherungsordnung vorgeschlagene Regelung der Anstellungsverhältnisse so sehr den wirtschaftlichen Interessen und berechtigten Forderungen der Angestellten widerspreche, daß nur durch ein einheitliches und geschlossenes Handeln der Bureauangestellten ganz Deutschlands eine empfindliche Schädigung der Kollegenschaft abzuwenden ist. Der Kongreß soll durch seine demonstrative Kundgebung der Kollegenschaft den Weg zu ihrem Abwehrkampf weisen.

Der Hafenarbeiterstreik in Kiel ist nach zehnwöchiger Dauer beendet. Die Kohlenarbeiter haben einen Tarif auf die Dauer von 4 Jahren abgeschlossen, nach dem für das Lößen der Tonne Kohlen in den nächsten 4 Jahren 68, 68, 70 und 72 Pfg. gezahlt werden sollen. Der Stundenlohn soll 48, 48, 50 und 52 Pfg. betragen. In den ersten Jahren bedeutet diese Festsetzung eine Verschlechterung gegen die jetzigen Arbeitsverhältnisse, wo für die Tonne Kohlen 70 Pfg. und ein Stundenlohn von 50 Pfg. gezahlt wurde. Gegenüber den von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterungen, die 60 Pfg. für die Tonne Kohlen und 40 Pfg. Stundenlohn zahlen wollten, ist es jedoch ein Erfolg. Dieser Erfolg war nur möglich durch die geschlossene Einigkeit der Kohlenarbeiter, trotzdem die Unternehmer bei der schlechten Geschäftskonjunktur Hunderte von Streikbrechern herbei geholt hatten und ein ganzes Schiff als Streikbrecherlogis eingerichtet war.

Des Deutschen Vaterland. Jährlich werden in Deutschland 10 Millionen Mark Polizeistrafen verhängt. Dies erscheint viel, ist aber in Wahrheit sehr wenig. Man betrachte nur den folgenden Tag aus dem Leben eines geachteten Kaufmanns, den „Frido“ in der Jugend mit düsterer Phantasie aus einer einzigen Folge von Strafen zusammensetzt. Als der Kaufmann des Morgens aufstand, öffnete er das Fenster, das vom Winde wieder zugeschlagen wurde, sodaß die Scherben auf die Straße flogen. (2 Mk. Strafe.) Beim Frühstück schrieb er die polizeiliche Anmeldung für sein vor einer Woche zugezogenes Dienstmädchen; diese Anmeldung war verspätet. (5 Mk.) Auf dem Gange ins Geschäft lief er der Straßenbahn nach, die er erst erreichte, als sie sich schon in Bewegung gesetzt hatte; er sprang trotzdem auf den Wagen. (5 Mk.) Im Schaufenster hatte er eine wirksame Reklame anbringen lassen, die auf der Straße einen Auf- lauf veranlaßte. (10 Mk.) Sein Dekorateur hatte vor der Laden- tür eine Auslage so angebracht, daß sie den Vornamen in der Firma auf dem Seitenschild verdeckte. (5 Mk.) Mittags fuhr er mit der Stadtbahn heim; im Rupee verlor er seine Fahrkarte. (6 Mk.) Dann aß er zu Mittag. Aus dem Mittagsschlafchen wurde er durch den Revisor der Landesversicherungsanstalt ge- weckt, dem er die Invalidenkarte seines Dienstmädchens vor- legen mußte; er hatte alle Marken pünktlich geliefert, aber nicht entwertet. (10 Mk.) Dann empfing er den Besuch eines Schutz- manns; er hatte seinen Sohn am 2. Januar impfen lassen, obwohl die Impffrist zwei Tage vorher, am 31. Dezember, ab- gelaufen war. (20 Mk.) Nun nahm er sein Zweirad und fuhr ins Geschäft. Unterwegs hielt ihn der erste Schutzmann an; er hatte seine Radfahrkarte vergessen. (3 Mk.) Der zweite hielt ihn an, weil er zu schnell fuhr. (3 Mk.) Der dritte, weil er eine für Zweiräder verbotene Straße fuhr. (3 Mk.) Der vierte, weil seine Glocke nicht vernehmlich genug klang. (3 Mk.) Der fünfte, weil er keine Bremse hatte. (3 Mk.) Der Sechste, weil er mit den Füßen die Pedale losgelassen hatte. (3 Mk.) Der siebente, weil er mit der Hand die Lenk- ränge nicht festhielt. (3 Mk.) In der Dämmerung kehrte er aus dem Geschäft nach Hause zurück; er wurde aufgeschrieben, weil er seine Radlaterne nicht ange- strahlt hatte. (3 Mk.) Nach dem Abendbrot spielte er mit seiner Frau Piquet, und zwar mit österreichischen Karten, die er aus den Alpen mitgebracht hatte; sie waren nicht mit dem deutschen Reichs-

stempel versehen. (30 Mk.) Nachdem er vergessen hatte, zur Übung der Pflichtfeuerwehr zu gehen, (10 Mk.) entkleidete er sich und ging müde und matt zu Bette, zog aber dabei die Vor- hänge seines Schlafzimmers nicht zu. (1 Woche Haft.) Das macht also pro Mann und Wochentag 137 Mk. und 1 Woche Haft! —

Zu viel des Guten. Von Getreidefeldern, die hundert- fältig tragen, erzählt die Geschichte des Ackerbaus, von besonders gesegneten Würfen wissen auch die Tierzüchter zu berichten, und ebenso vermelden die Kirchenbücher und Chroniken von auffallend zahlreichen Geburten einzelner Frauen. Indessen die Ueber- fruchtbarkeit der Frau Barbara Schmozerin von Dönnigheim in Württemberg dürfte doch ohne Gleichen dastehen. In der dortigen Pfarrkirche ist nämlich ein auf Holz gemaltes Bild zu sehen, das in seiner oberen Hälfte die Geburt Christi darstellt, während unten das Ehepaar Adam Strazmann und Barbara Schmozerin mit seinen dreihundfünfzig Kindern abtonterseit ist. Wie Herr G. A. Kolb in seiner Schrift: „Die Schmozerin von Dönnigheim“ und Herr Dr. Weinberg in der „Dtsch. Mediz. Wochenschr.“ dem genannten Autor folgend, des näheren mitteilt, hat die Schmozerin 18 Einzel-, 5 Zwilling-, 4 Drilling-, 1 Sechslingsgeburten und 1 Siebenlingsge- burten gehabt. Von diesen 53 Neugeborenen waren 38 männlichen, 15 weiblichen Geschlechtes. Keines der Kinder wurde über neun Jahre alt, dagegen kamen 19 tot zur Welt. Die Sechslings- und Siebenlinge kamen zu verschiedenen Zeiten, von der zwanzigsten Woche an bis zum normalen Ende der Gravidität zum Vorschein und zwar bei den Sechslingen zuerst drei, dann in drei zeitlich getrennten Absätzen je ein Kind, während bei den Siebenlingen drei auf einmal erschienen, dann in Abständen eins und zwei und eins. Kaiser Maximilian wurde noch elf Jahre nach diesem merkwürdigen Vorkommnis, nämlich 1509, ein die Tatsache bestätigendes Protokoll unterbreitet. — Heiliger Malthus!

Wie alt kann der Mensch werden? Dieser Tage berichteten die Zeitungen von einer Engländerin, die in Stillington bei Grantham in voller geistiger Frische ihren 105. Geburtstag feierte. Das ist nicht etwas so ganz Ungewöhnliches, wie man gemeinhin denkt. Dem alten Dufeland und den Professoren Metchnikoff, Pflüger, Bel, Haman verdanken wir sehr interessante Zusammenstellungen über ungewöhnlich lange Lebensdauer bei Menschen, aus denen hier einiges besonders Charakteristische mitgeteilt sei. An der Spitze dieser Langlebigen marschiert St. Mungo, der Stifter des altherwürdigen Bistums Glasgow, der 185 Jahre alt geworden sein soll. Ein gleiches Alter erreichte ein Mann namens Peter Jorsay, der von 1539 bis 1724 gelebt hat. Ein englischer Bauer Thomas Parre erreichte ein Lebensalter von 152 Jahren und besaß einen Sohn von 127 Jahren. Außer durch sein langes Leben erlangte er eine gewisse Berühmtheit dadurch, daß seine Leiche von dem großen Anatom Harvey sezirt wurde. Mit 101 Jahren wurde Thomas noch wegen Sittlichkeitsvergehen zu Gefängnis verurteilt, und im Alter von 120 Jahren verheiratete er sich mit einer Witwe, die nach ihrer Angabe nie etwas von seinem hohen Alter gemerkt hätte. H. Jenkins, der 1670 in Yorkshire die Augen schloß, erreichte eine Lebensdauer von 169 Jahren. Kurz vor seinem Tode mußte er vor Gericht einen Borgang bekunden, der 140 Jahre zurücklag. Der Chirurg Poltman, ein Lothringer von Geburt, konnte in voller Frische seinen 140. Geburtstag feiern. Am Tage vor seinem Tode nahm er bei seiner Frau doch eine schwere Krebsoperation vor. Dabei wird von ihm erzählt, daß er von seinem fünfundschwanzigsten Jahre an Tag für Tag betrunken gewesen sei. Einen gleich ungesunden Lebenswandel führte auch der Chirurg Espagao in der Garonne, der dafür nur 112 Jahre leben durfte. Auch Elisabeth Durieux, die das stattliche Alter von 140 Jahren erreichte, lebte durchaus nicht gesundheitsgemäß. Sagt man ihr doch einen täglichen Kaffeekonsum von etwa vierzig Tassen nach. Die nur wenig über 70 Zentimeter messende Zwergin Elisabeth Walfon wurde 150 Jahre alt und Jakob Donald, ein Niese von annähernd 2 1/2 Meter Länge, lebte 120 Jahre. Endlich mag hier noch eine Angabe von Professor Hermann Platz finden über einen englischen Bauern, der, als er im Alter von 160 Jahren starb, eine Witwe mit zahlreichen Kindern hinterließ, von denen das älteste 103, das jüngste 9 Jahre zählte.



Der Invalide.

Karl Weibler hatte Pech. Als er vom Holzfällen, was sein Beruf war, nach Hause ging und auf dem mit Glätteis überzogenen Wege fiel und dabei ein Bein brach, hätte er beinahe

Unfallrente bekommen. Aber zum größten Malheur hatte er sich gerade an dem Unglückstage verspätet. Er hatte seine im Nachbarorte verheiratete Tochter, die im Wochenbette lag, gleich beim Nachhausegehen von der Arbeit, besucht. Diesen Zweck hatte er mit einem Umweg von einer Viertelstunde erreicht. Er hielt sich eine halbe Stunde auf und war schon wieder auf dem Weg eingebogen, auf dem er sonst zu gehen pflegte, als das Unglück geschah. Aber gleichviel, wer weiß, ob er gefallen wäre, wenn er direkt von der Arbeit seinen heimatischen Penaten zugesteuert wäre. So aber war er bei Ausübung einer Privatangelegenheit verunglückt, ergo, wars kein Betriebsunfall. Punktum.

Der Bruch war kompliziert. Das Bein war nicht wieder in Ordnung zu bringen, Weidler mußte am Stocke gehen. Zur Arbeit war er, wie die Forstverwaltung mit „Bedauern“ feststellte, nicht mehr zu gebrauchen. Wie gesagt, er hatte eben Pech gehabt. Von der Luft konnte der sechzigjährige Mann mit seiner kränklichen Frau jedoch nicht leben, wenn gegen die Waldluft der Thüringer Berge auch sonst nichts einzuwenden ist. So mußte ihn die Gemeinde, der er angehörte, erhalten. Doch für die zwei bis drei Duzend Haushaltungen des Dörfchens, dessen männliche Einwohner sich nur aus einigen Kleinbauern und in der Mehrzahl aus Waldarbeitern zusammen setzten, war das ein schwerer Schlag. Wie die Mittel aufbringen? So lange die Krankenkasse zahlte und sie die Kurkosten übernahm, mochte es gehen. Aber dann galt es, Mittel und Wege zu finden, um mit so wenigen Ausgaben wie möglich davon zu kommen. Der Gemeinderat hatte sich schon in einigen Sitzungen mit dieser Sache beschäftigt, ohne daß eines von seinen Mitgliedern einen annehmbaren Vorschlag zu Tage gefördert hätte. Zwar hatte man berechnet, daß man jährlich 100 Mark billiger weggekommen wäre, wenn der Weidler gleich ordentlich, das heißt tödlich, verunglückt wäre. Aber in diesem Falle hatte die Gemeinde eben auch Pech.

Doch gesegnet ist die Gemeinde, die einen glücklichen Griff bei der Wahl ihrer Obrigkeit getan hat. Pichler war Gemeindevorsteher. Zu diesem Amte eignete er sich nach der Ansicht verschiedener Leute dadurch am besten, weil er der größte Gutsbesitzer in der Gemeinde war. Er bewirtschaftete seine Grundstücke mit einem Pferde, während man solche im Dorfe sonst nur bei fremdem Fuhrwerk sah. Pichler hatte nun einen guten Gedanken, das heißt, man munkelte allgemein im Dorfe, daß dieser Gedanke von seiner Frau stamme. Doch das ging Niemand etwas an. In der Gemeinderatsitzung schlug der Herr Vorsteher nun vor, den Weidler zu beauftragen, sich mit einer Krücke auf die Kolms' er Höhe, einen Aussichtspunkt auf der Flur des Dorfes, zu setzen. Die Kolms' er Höhe lag schön am Wege, der im Sommer stark von fremden Besuchern des Thüringer Waldes benutzt wurde. Die neben ihm liegende Krücke, der auf dem Schoß verkehrt liegende, abgetragene Hut und eine einzustudierende Duldermine würden ein gutes Handwerkszeug abgeben, mit denen sich der Weidler und, was natürlich die Hauptsache ist, auch die Gemeinde etwas verdienen könnten.

Es galt nun, da die Saison schon begonnen hatte und Weidler so weit hergestellt war, daß er sich einige Übung im Gehen angeeignet hatte, ihn zu diesem Geschäft zu überreden. Anfangs kostete es zwar Mühe, doch schließlich ist es nicht so demütigend, von Fremden, die ihre Straße ziehen, Almosen anzunehmen, als von Leuten, mit denen man täglich verkehren muß. Außerdem leistete er als Invalide eine bestimmte Arbeit dafür und diese brachte doch etwas mehr ein, als ihm die Gemeinde Almosen gab.

Weidler ließ sich also am nächsten Sonntage von einem seiner Enkel die von der Gemeinde angeschaffte Krücke an den bestimmten Platz tragen. Er selber kam mit seinem Stocke nach und setzte sich am vorgeschriebenen Platze in die angegebene Postur. Das Geschäft ging gut. Es war ein Sonntag mit herrlichem Wetter. Die Touristen, die einmal auf einen Tag, oder einige Tage den Alltagsstaub abgeschüttelt hatten, torgten nicht. Die prachtvolle Gebirgsgegend und das herrliche Wetter ver-setzten die auf kurze Zeit dem Kampfe ums Dasein entronnenen Städter in die fröhliche Stimmung, in der man sich leicht von einem kleinen Geldstück trennen kann.

So ging es den ganzen Sommer hindurch. Bei gutem Wetter saß der Invalide jeden Sonntag, auch Wochentags einige Stunden hier. Als der Spätherbst kam, hatte er sich für den Winter einige Notgroschen zurück gelegt. Die Gemeinde brauchte nicht viel zuzuschließen. Das für die Krücke ausgegebene Geld verzinst sich sehr gut.

Im nächsten Frühjahr stellte der Gemeindevorsteher dem Gemeinderat den Antrag, eine Drehorgel für Weidler zu kaufen.

Die Spenden würden dann reichlicher fließen. Auch läme das Musikmachen mehr einer Arbeit als dem Betteln gleich. Ja, man könne vielleicht den Zuschuß im Winter ganz sparen, eventuell von Weidler noch eine kleine Gewerbesteuer erheben.

Diese Idee, so spekulativ sie auch sein mochte, fand keinen Anklang. Es wurde eingewendet, daß man mit den Anschaffungskosten für die Drehorgel ein ganzes Jahr lang den Zuschuß zahlen könne und man wisse nicht, ob Weidler noch länger lebe. Außerdem könne nach und nach der Fremdenverkehr dadurch zurück gehen. So blieb es für dieses Jahr bei der alten Praxis.

Im dritten Jahre bekam die Sache ein anderes Gesicht. Man verstand mit der Zeit fort zu schreiten. Auf der Kolms' er Höhe stand jetzt eine Bretterbude, in der Weidler Ansichtskarten verkaufte. Einige roh gezimmerte Bänke luden die Ausflügler zum Rasten ein und damit wurden sie auf den Kartenverkauf aufmerksam gemacht. Die Gemeinde und Weidler fuhren nicht schlecht dabei. Erstere brauchte den Invaliden nun auch im Winter nicht mehr zu unterstützen.

Aber, vielleicht konnte man noch einen Uberschuß machen? Wenigstens konnte man es versuchen. Der Appetit kommt mit dem Essen. Und so kam es, daß im vierten Jahre der alte Weidler, dessen Frau inzwischen gestorben war, in einer größeren Bude stand und außer Ansichtskarten noch Geschenkartikel, wie sie die Ausflügler kaufen, auch noch alkoholfreie Getränke und Zigarren verkaufte. Das Geschäft ging gut. Sonntags kam er nicht allein durch, da half ihm seine Tochter beim Verkaufen. Selbstverständlich hatte der Invalide an die Gemeinde eine Steuer zu entrichten, die mit jedem der darauffolgenden zwei Jahre stieg. Karl Weidler war für sein Alter noch rüstig und so hätte er voraussichtlich dieses Geschäft noch einige Jahre betreiben können. Die Nahrungsjorgen waren gewichen. Er sah ruhig der Zukunft entgegen. —

Acht Jahre waren seit dem Unfall Karl Weidlers vergangen. Auf der Kolms' er Höhe stand ein Restaurant, welches die spekulative Gemeinde, die nunmehr den Wert des Geldes, das die Ausflügler sitzen lassen, erkannt hatte, erbauen ließ. Die Bänke, die Bretterbude, die Weidlers Lebensunterhalt barg, selbst dessen Existenz, das alles war dem Restaurant zum Opfer gefallen.

Was wollte man mit dem alten Manne anfangen? Nun, er konnte tun, was er früher tat, die Touristen anbetteln. Im schlimmsten Falle gewährte man ihm später wieder einen kleinen Zuschuß. Das war man ihm schließlich schuldig, denn er war ja doch die Ursache zu der Einnahmequelle, die sich der Gemeinde erschlossen hatte. Für jetzt allerdings brauchte er noch nichts, denn er hatte sich eine Kleinigkeit gespart. Na und lange würde er auch nicht mehr leben.

Der Alte, der bei der Anlage nicht gefragt worden war, an den man erst wieder dachte, als er beim Gemeindevorsteher anfragte, was nun mit ihm werden solle, ob man eine andere Beschäftigung für ihn habe, lief ganz verstört umher, als ihm erklärt wurde, daß er sich hier dem Gemeinwohl unterordnen müsse. Das war so eine allgemeine Lebensart, die sich Pichler in seiner Praxis angewöhnt hatte und die er bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit anwendete.

Man würde beschließen, was mit ihm weiter geschehen solle, bis dahin solle er sich nur zufrieden geben. Mit diesem Bescheide war er nach Hause gegangen. Drei Tage später teilte ihm der Gemeindevorsteher mit, daß er nächsten Sommer seine frühere Beschäftigung wieder aufnehmen müsse. Die Krücke brauche er nicht mehr mit zu nehmen, ein Stock genüge auch. Weidler erklärte kurz und bündig, daß er dies nicht tun werde. Darüber große Entrüstung im Gemeinderat. Dann wurde beschlossen, der Sache erst wieder näher zu treten, wenn er wieder Unterstützung verlangen würde.

Doch, so weit sollte es nicht kommen. Der Sommer verging. Das Geschäft im Restaurant ging gut. Die Gemeinde machte ein gutes Geschäft. Der Invalide kam nicht wieder um ein Almosen ein. Er verzehrte seine geringen Ersparnisse und suchte sich indessen leichte Beschäftigung. Doch wer nimmt einen alten Invaliden? Als seine Mittel aufgezehrt waren, trug er sich mit Selbstmordgedanken. Seine Tochter, bei der er seit einem Jahre wohnte, durfte ihn nicht aus den Augen lassen. Aber trotzdem war er eines Tages verschwunden.

Ein schöner Herbsttag wars und die Sonne ging gerade unter, als man ihn, an einer Eiche hängend, fand. Die scheidende Sonne warf ihr fahles Licht auf sein Antlitz, als wolle sie nachholen, was sie bisher versäumt hatte.

Und unten auf dem Wege ging ein Trupp Ausflügler vorbei: Sie sangen nach den Klängen einer Ziehharmonika das Lied: „Freut euch des Lebens.“

Versammlungs-Berichte etc.

a. Frankfurt a. M. Durch regelmäßig schlechten Besuch der Versammlungen seitens ein und derselben Mitglieder sah sich die Zahlstelle Frankfurt genötigt, zur Abhilfe dieser Vernachlässigung der Pflichten geeignete Maßnahmen zu treffen. Es wurde in einer vorher gehenden Versammlung wiederholt darauf hingewiesen und als geeignet befunden, die besonders schlechten Versammlungsbesucher schriftlich einzuladen. Gleichzeitig wurde in Aussicht gestellt, falls sich diese Kollegen ihrer Pflichten nicht bewusst werden sollten, weitere Beschlüsse darüber zu fassen. In der letzten Versammlung wurde nun beschlossen und soll der Beschluß ohne Rücksicht bei jenen Mitgliedern zur Anwendung gebracht werden: „In der heutigen Zahlstellenversammlung wurde der verbindende Beschluß gefaßt, daß denjenigen Kollegen, welche 3 mal im Vierteljahr ohne genügenden Entschuldigungsgrund die Versammlungen nicht besuchen, bei eintretender Stellenlosigkeit von der Zahlstellenverwaltung das Antragsformular für Unterstützung nicht befürwortet wird.“ Daß viele Kollegen die Versammlung nicht besuchen, ist nicht immer im geringen Verdienst zu suchen, es ist allein nur Interessenlosigkeit, welche bei den meisten Kollegen dadurch gezeigt wird, da dieselben immer in den Tangel-Tangeln zu finden sind, wofür sie genügende Geldmittel haben. Mögen auch die anderen Zahlstellen diesem Beschlusse näher treten, damit dadurch erzieherisch auf solche auch-Kollegen gewirkt werden kann. Traurig ist es, daß die Kollegen, die schon die genügende Aufklärung haben sollten, mit solchen Mitteln behandelt werden müssen. Nur im Notfalle wissen diese den Verband, welchen sie eben nur als Unterstützungsverein betrachten, zu finden. Mögen diese Zeilen Besserung und Wandel schaffen, und wir appellieren damit an das Pflichtgefühl aller Kollegen.

Sterbetafel.

Selb. Erhard Weber, geboren am 28. Dezember 1882 zu Bayreuth, gestorben am 1. Mai 1909 an Darmtuberkulose.

Dresden. Karl Dönath, Maler, geboren am 18. November 1859, gestorben am 5. Mai 1909. Letzte Krankheitsdauer 5 Wochen.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Änderungen

- Eilenberg.** Rev. Oskar Holzheuer, Dh., Burgstr. 9.
Oberhausen. Kff. Theodor Hesper, Duisburgerstr. 216. Derselbe ist nur an Wochentagen zwischen 4 und 8 Uhr nachmittags und Sonntag zwischen 11 und 1 Uhr zu Hause anzutreffen.
Sörnewitz. Vorsitzender: Paul Steinborn, Kohlenhändler, Neu-Sörnewitz, Försterstraße.

Versammlungs-Anzeigen

- Berlin-Moabit.** Montag, 17. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Buttlischtr. 10.
Zasel. Sonnabend, 15. Mai.
Düsseldorf. Sonnabend, 22. Mai, 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8. Die Säumigen werden aufgefordert, bestimmt zu erscheinen.
Frankfurt a. M. Sonnabend, 16. Mai, 8 Uhr, bei M. Gittfried, Saalengasse, Gr. Rittergasse 58.
Gotha. Sonnabend, 15. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus zum Mohren.
Großbreitenbach. Sonnabend, 22. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im goldenen Hirsch.
Hauen. Sonntag, 16. Mai, im Vereinslokal. Besprechung der 25jährigen Jubiläumsfeier.
Timenau. Sonnabend, 15. Mai, 1/2 9 Uhr, in der Rosenau. Vortrag des Genossen Chemnitz.
Ludwigsstadt. Sonntag, 16. Mai, nachmittags 3 Uhr, in der Volkmann'schen Wirtschaft zu Gbersdorf.
Neuhaldensleben. Sonnabend, 15. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Herzog.
Nürnberg. Sonnabend, 15. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neuegasse.
Pößneck. Montag, 17. Mai, 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Potlchappel. Sonnabend, 22. Mai, im Hirsch.
Schmiedefeld. Sonnabend, 15. Mai, 9 Uhr, bei Walter.
Suhl. Sonntag, 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, bei Abrechts in Hilsenberg.
Weiden. Sonnabend, 15. Mai, 8 Uhr, in der Neuen Welt.
Weißwaller. Sonnabend, 15. Mai, im Café Zenital.

Anzeigen

Quittung. Für unser krankes Mitglied Chr. Fuchs gingen an Gelbern ein: Koflau 3,—, Charlottenburg 5,—, Blaue 10,—, Magdeburg-Neustadt 10,—, Kolmar 5,—, Hermisdorf 8,—, Neuhaldensleben 5,—, Langenberg 4,—, Gräfenroba 5,—, Nymphenburg 5,—, Elberfeld 5,—, Koblenz 5,—, Neustadt i. S. 2,15 und Unorganisierte 0,85, Bonn 8,—, Marktweiden 5,—, Oberhohndorf 6,—, Weißwasser 1. Rate 5,—, 2. Rate 9,60, Zell a. S. 10,—, Stadtilm 4,20, Meißner 5,—, Marktredwitz 5,—. Summa: 180,80 Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank.
 Die Zahlstelle Schramberg.

München-Nymphenburg. Sonnabend, 15. Mai, abends 8 Uhr, **gemeinsame Versammlung** im Restaurant „Dall' Arm“ Frauenplatz. Thema: „Krise und Organisation“. Referent F. Zietzsch-Charlottenburg. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Verwaltungen.

Arbeitsgehe u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung

Frankfurt a. M. Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Paul Stelzer, Offenbach a. M., Frankfurter Str. 18. Die Kollegen mögen diesem im eigenen Interesse Beachtung schenken.

Nürnberg. Kollegen, welche hier in Stellung treten wollen, werden ersucht, vor Stellungsannahme sich erst bei der Verwaltung über die hiesigen Arbeitsverhältnisse zu erkundigen.

Maler. Porzellan- oder Emaillemaler, welcher in Dekor und Blumen firm ist, findet sofort Stellung. J. Uhl, Remscheid-Wieringhausen, Königstr. 12.

Packer. In Porzellan- und Steingutpackerei gründlich eingearbeitet, mit Zeugnissen, sucht sofort Stellung. Offerten sind unter N. B. N. 100, postlagernd nach Zell a. S. zu richten.

Dreher, der in allen vorkommenden Arbeiten in der Dreherei firm ist, sucht Stellung. Gefällige Offerten erbeten unter N. U. R. an die Redaktion der „Ameise“.

Porzellanmaler, auf Militärsachen und Schrift, sucht Stellung. Offerten unter N. D. 118 an die Expedition der „Ameise“.

Porzellanmaler, hervorragende Kraft in besseren Decoren, Blumen, Rändern von Hotelgeschirren usw., vorzüglicher Zeichner und Plattenstecher, sucht Stellung in nur besserer Malerei. Offerten unter F. R. an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Maler für bessere Blumen, Decore und Landschaften (Delft und Bunt) sucht Stellung in größerer Malerei oder Fabrik. Offerten unter D. B. an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Maler, der in allen Dekoren der Blaumalerei (Unterglasur) bewandert ist und auch die Buntmalerei gelernt hat, sucht anderweitig Stellung. Gefällige Offerten unter G. A. an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Porzellanmaler, der in Puder- und Poliergolddekoren, auf Tafelgeschirre arbeitet, sowie auch in allen anderen in der Malerei vorkommenden Arbeiten firm ist, sucht Stellung in einer Privatmalerei oder besseren Porzellanfabrik des In- oder Auslandes. Offerten mit Lohnangaben unter S. R. J. an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Maler, bewandert in Freihand-Blumen, Landschaften, sowie in Decor und Staffage sucht baldigst Stellung, eventuell als Mustermaler. Offerten unter G. G. an die Expedition der „Ameise“.

Maler, eingearbeitet in Band, Rand und Staffage sucht baldigst Stellung, am liebsten auf Emaillegeschirr. Offerten unter W. W. an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Heftzeile 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung ist Bedingung

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-N., Gräfenauftr. 6.**

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Pinsel, Näpfe, Flaschen, Goldalche, sowie Platin und alle platinhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen, schnelle und reelle Bedienung

Otto Seifert, Zwickau, Sachsen, Osterweihstr. 32.

Goldschmied, sowie alle anderen **Goldabfälle,** kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Marin Kaufmann, Zwickau in Sa., Grimmitzauerstr. 18.**

Goldschmied, Goldflaschen und alle in der Vergolderie vorkommenden Abfälle kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Röntgenstraße 14. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.